

N i e d e r s c h r i f t

**der 30. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 08.05.2007**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:10 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	ab 17:50 Uhr
Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	Die Linkspartei.	ab 17:15 Uhr
PDS		
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	Die Linkspartei.	
PDS		
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	ab 17:10 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE	
GRÜNEN		
Herr Dr. Tilo Biesecke	SKE	
Herr Matthias Dreßler	SKE	
Frau Undine Klein	SKE	
Herr Dieter Lehmann	SKE	
Herr Heinz-Günter Ploß	SKE	
Herr Hans-Jürgen Schiller	Die Linkspartei.	
PDS		

Entschuldigt fehlen:

Herr Uwe Heft	Die Linkspartei.	vertreten durch Herrn Schiller
PDS		
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE	
Herr Heiner Schneider	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vorlagen
 - 4.1. Änderungen zum Haushaltsplanentwurf 2007, Investitionshaushalt 2007-2010
Vorlage: IV/2007/06268
 - 4.2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale) lfd. Nr. 12 D-Zentrum Büschdorf, Delitzscher Straße - Abwägungsbeschluss
Vorlage: IV/2007/06366
 - 4.3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale) lfd. Nr. 12 D-Zentrum Büschdorf, Delitzscher Straße - Änderungsbeschluss
Vorlage: IV/2007/06367
 - 4.4. Bebauungsplane Nr. 37.1 Wohngebiet Dölau-Ost - Beschluss zur Änderung eines Teilbereiches - Offenlagebeschluss
Vorlage: IV/2007/06374
 - 4.5. Erhaltungssatzung Nr. 18 Paulusviertel (1. Änderung)
Vorlage: IV/2007/06349
 - 4.6. Integrierte Sozial-, Umwelt- und Gesundheitsberichterstattung unter dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung
Vorlage: IV/2006/06094
 - 4.7. Umbau der Kinderfreundlichkeitsprüfung zur Familienverträglichkeitsprüfung - Kernfragen
-
Vorlage: IV/2007/06304
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zu den Hochhäusern Riebeckplatz 6 und 10
Vorlage: IV/2006/06105
 - 5.2. Antrag des Stadtrates Tom Wolter - MitBürger - zur Errichtung einer Fahrradcrossstrecke
Vorlage: IV/2007/06358
6. Beantwortung von Anfragen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Sänger begrüsste die Anwesenden, eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

TOP 4.5 und 4.6 werden von der Verwaltung zurückgezogen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zu 4 Vorlagen

zu 4.1 Änderungen zum Haushaltsplanentwurf 2007, Investitionshaushalt 2007-2010 Vorlage: IV/2007/06268

in Ausschusssitzung wurde ein nderungsblatt zum FB 67 verteilt

Vermögenshaushalt

- 2.1100.935100-003 ff. Überwachung des fließenden Verkehrs

Herr Geuther sprach sich dafür aus, diese Positionen zu streichen. Die Stadt sollte nicht noch mehr freiwillige Leistungen in den HH-Plan aufnehmen. Für die Überwachung des Verkehrs ist die Polizei zuständig. Die Stadt kann an die Landesbehore herantreten, wenn sie die Überwachung für nicht ausreichend hält. Die aufgeführten Einnahmen sind nicht gesichert. Es geht hier seiner Meinung nach nicht um die Verkehrssicherheit.

Herr Lander erläuterte, dass es sich hier um Positionen des GB III handelt, die nicht im PA behandelt werden.

Herr Dr. Biesecke war der Meinung, wenn die Unterlagen so verschickt werden sind sie Bestandteil der Tagesordnung und Herr Geuther hat ein Recht auf Behandlung im PA.

Herr Dr. Pohlack sagte, dass natürlich eine fachliche Diskussion auch im PA stattfinden kann zu diesem Thema.

Herr Felke regte an, ein Leasingmodell für die Überwachung des fließenden Verkehrs einzuführen.

Herr Dr. Pohlack sagte, dass hier die wirtschaftlich optimierte Variante vorgeschlagen wurde.

- 2.6800.361000-006 P+R Nietleben

Herr Weihrich stellte fest, dass die Landeszuweisungen reduziert wurden aber keine Reduzierung der Gesamtausgaben vorgenommen wurden.

Herr Dr. Pohlack erklärte, dass die Gesamtmaßnahme zur Zeit überprüft wird.

Eine Antwort wird erfolgen.

- 2.6150.987001-044 Sanierungsbetreuer

Herr Felke fragte wie die Einsparungen realisiert werden sollen und ob eine erneute Ausschreibung vorgesehen ist.

Herr Lunebach erläuterte, dass bis zum Sommer entschieden wird, welche Leistungen ab 2008 zu erbringen sind. Ein Teil der Leistungen wird im FB 61 erbracht, die übrigen werden dann ausgeschrieben.

- 2.6150.942010-003 Roter Turm

Herr Dr. Eigenfeld regte an, bei den Ausgaben für die Sanierung des Roten Turmes zu berücksichtigen, dass er für die Bevölkerung begehbar wird.

Herr Dr. Pohlack erläuterte, dass mit dem derzeitigen Budget nur die Sicherung des Turmes möglich ist. Es wird aber nichts verbaut, so dass später eine Begehbarmachung erfolgen kann.

Kosolidierungsbeiträge

- Kostenersatz für die Inanspruchnahme von Parkplätzen durch Mitarbeiter der Stadtverwaltung

Herr Felke fragte nach der Entwicklung in den Jahresscheiben.

Herr Lander erläuterte, strukturelle Entwicklung in den Jahren 2008-2010 dargestellt, anschließend als dauerhafte Einnahme bzw. Einsparung zu betrachten.

Herr Dr. Biesecke kritisierte die allgemeine Lesbarkeit der Änderungen zum HH-Plan.
Die Kämmerei wird davon in Kenntnis gesetzt.

Herr Weihrich nahm Bezug auf das Änderungsblatt FB 61 – Projekt Hafenbahntrasse. Er fragte, ob dieses Projekt im PA bereits vorgestellt wurde und worum es sich hier handelt.

Herr Lunebach sagte, dass der Baubeschluss zur Zeit vorbereitet wird. Die Vorplanung wurde bereits ausgelöst. Für weitere Planungen ist ein bestätigter HH notwendig. Das Vorhaben ist nur mit Fördermitteln umsetzbar. Diese verfallen in 2008. Es wird zunehmend schwieriger notwendige Vorplanungen für neue Projekte zu erstellen, weil es keinen bestätigten HH gibt.

Bei diesem Projekt handelt es sich um die Fortführung der begonnenen Maßnahme am Thüringer Bahnhof und soll bis zur Saline fortgesetzt werden. Eine Benutzung für Fußgänger und Radfahrer der ehemaligen Hafenbahntrasse ist vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Die Änderungen wurden zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Den Änderungen zum Haushaltsplanentwurf 2007, Investitionshaushalt 2007-2010, wird zugestimmt.

zu 4.2 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale) lfd. Nr. 12 D-Zentrum Büschdorf, Delitzscher Straße - Abwägungsbeschluss Vorlage: IV/2007/06366

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 9

Enthaltungen 1

einstimmig angenommen

Beschlussvorschlag:

1. Den Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zur 12. Änderung des Flächennutzungsplanes, D-Zentrum Büschdorf, Delitzscher Straße wird zugestimmt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie den Bürgerinnen und Bürgern, die in ihren Stellungnahmen abzuwägende Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

**zu 4.3 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale) lfd. Nr. 12 D-Zentrum Büschdorf, Delitzscher Straße - Änderungsbeschluss
Vorlage: IV/2007/06367**

Herr Lunebach erläuterte, dass die Änderung des FNP vor dem Satzungsbeschluss für den dazugehörigen B-Plan erfolgt, um einen Vorlauf zu haben, da die FNP-Änderung vom LVA genehmigt werden muss. Gegenüber dem Entwurf hat sich inhaltlich nichts geändert.

Herr Sängler fragte, um welche Art Einzelhandel es hier geht.

Herr Lunebach antwortete, dass hier ein klassischer Supermarkt mit Dienstleistungen entstehen soll.

Herr Dr. Wöllenweber fragte nach der Zu- und Ausfahrt zur Delitzscher Straße.

Herr Lunebach erläuterte, dass ein Gutachten ergeben hat, dass hier zur Zeit keine Ampelanlage benötigt wird. Die Aus- und Einfahrt ist in alle Richtungen möglich. Sollte sich die Verkehrsbelastung erhöhen wird für diesem Fall im Erschließungsvertrag geregelt, dass der Investor eine Ampelanlage bauen muss bzw. die Ein- und Ausfahrt auf rechts rein und rechts raus beschränkt wird.

Herr Geuther fragte nach der Klage gegen den FNP.

Herr Dr. Pohlack erläuterte, dass diese hier nicht relevant ist.

Herr Dr. Köck fragte, ob geprüft wurde, eine separate Linksabbiegespur einzurichten.

Herr Lunebach antwortete, dass diese geplant ist.

Herr Dr. Eigenfeld fragte nach dem Zusammenhang mit dem Ausbau der Delitzscher Straße.

Herr Lunebach antwortete, dass es sich hier um ein Privatgrundstück handelt. Der Bau des Supermarktes steht nicht im Zusammenhang mit dem Ausbau der Delitzscher Straße. Die Ampelanlage wird vorausschauend empfohlen.

Herr Dr. Köck hielt es für gewagt im Umweltbericht im Bereich der Fauna (Seite 9 unten) aus Rasterdaten von einem km² auf einen Bereich von 0,6 ha zu schließen.

Herr Lunebach antwortete, dass hier ungünstig formuliert wurde.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 10

einstimmig angenommen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Änderung des Flächennutzungsplanes lfd. Nr. 12 D-Zentrum Büschdorf, Delitzscher Straße gemäß § 10 Abs. 1 BauGB.

**zu 4.4 Bebauungsplane Nr. 37.1 Wohngebiet Dölau-Ost - Beschluss zur Änderung eines Teilbereiches - Offenlagebeschluss
Vorlage: IV/2007/06374**

Herr Bauersfeld nahm ab 17:50 Uhr an der Sitzung teil.

Er beschwerte sich, dass die Vorlage erst mit Datum vom 27.04.07 nachgesendet wurde und ein Bearbeitungsdatum vom 19.03.07 auf dem Deckblatt aufweist.

Herr Dr. Pohlack und Herr Lunebach erläuterten, dass die Vorlage erst am 24.04.07 in der Beiko war und gemäß Geschäftsordnung erst danach versendet werden darf. Die Verwaltung ist in Zukunft bemüht, wieder das Parallelverfahren (Versendung von Vorlagen parallel an Beiko, Ausschüsse und Stadtrat) einzuführen, um einen schnelleren Gremiendurchlauf zu erreichen.

Herr Weihrich war der Meinung, dass man differenzieren sollte, ob es sich um einfache Vorlagen oder komplizierte handelt. Bei einfachen Vorlagen könne ein Nachsenden akzeptiert werden.

Herr Sänger sprach sich dafür aus, dieses generelle Problem an die OBin heranzutragen.

Herr Dr. Köck fragte, warum die FNP-Änderung Nr. 12 und der B-Plan 37.1 vom gleichen Büro bearbeitet wurden, dies wäre jetzt häufig zu beobachten.

Herr Lunebach erläuterte, dass es nur wenige Büros in Halle gibt, die in der Lage sind, Bauleitplanung zielorientiert zu bearbeiten.

Die Kosten der o. g. Verfahren werden vom Investor getragen, der dieses Büro für beide Planungen vorgeschlagen hat. Ungefähr 90 % aller Planungskosten werden von Investoren getragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 11

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt, den Bebauungsplan Nr. 37.1, Wohngebiet Dölau-Ost, in einem Teilbereich im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB zu ändern.
2. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 37.1, Wohngebiet Dölau-Ost in der vorgelegten Fassung.
3. Der Entwurf ist öffentlich auszulegen.

**zu 4.5 Erhaltungssatzung Nr. 18 Paulusviertel (1. Änderung)
Vorlage: IV/2007/06349**

Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen

**zu 4.6 Integrierte Sozial-, Umwelt- und Gesundheitsberichterstattung unter dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung
Vorlage: IV/2006/06094**

Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen

**zu 4.7 Umbau der Kinderfreundlichkeitsprufung zur Familienvertraglichkeitsprufung - Kernfragen -
Vorlage: IV/2007/06304**

Herr Deckert vom GB V gab eine Einführung zur Vorlage.

Herr Ploß fragte, inwiefern die Kinderfreundlichkeitsprufung bei der Preisgestaltung des Maya Mare (Tochter der städtischen HWA), insbesondere der Erhöhung der Preise in den Ferien, Einfluss nimmt.

Herr Deckert antwortete, dass bisher die Kinderfreundlichkeitsprufung städtisches Verwaltungshandeln umfasste und erst mit der Familienvertraglichkeitsprufung die städtischen Eigenbetriebe einbezogen werden.

Herr Geuther sah in den in Anlage 1 aufgeführten Kriterien bloße Formalismen.

Herr Felke fragte wie verbindlich die Familienvertraglichkeitsprufung sein kann. Wünsche und Anregungen von Bürgern und Betroffenen würden, so habe es die Praxis bisher gezeigt an der Realität scheitern. Er zweifelte die Erreichbarkeit der Kriterien an.

Herr Bauersfeld sah in der Vorlage vielfach Phrasen verwendet und fragte, was sich konkret ändern würde.

Herr Dr. Köck stellte den Antrag, die Überschrift der Anlage 1 „Kriterien der Familienverträglichkeitsprüfung“ und damit auch den Punkt 1 des Beschlussvorschlages wie folgt zu ändern „*Grundsätze einer familienfreundlichen Stadtentwicklung*“.

Herr Weihrich schloss sich den Kritiken an und hielt das Papier für zu übertrieben.

Herr Lehmann hielt das Papier für überflüssig, die aufgeführten Kriterien seien selbstverständlich.

Herr Dr. Biesecke stellte den Antrag die Anlage 1 wie folgt zu ergänzen
9.2 Wir begreifen die Konsolidierung der städtischen Finanzen als zentrale Anknüpfungspunkte

für zukunftsfähige familiengerechte Entwicklungen in der Stadt Halle (Saale).

Frau Schlüter-Gerboth wies auf die Missstände bei der GWG hin, wie z. B. Spielverbote für Kinder und Jugendliche und bat die Verwaltung darauf Einfluss zu nehmen.

Frau Prof. Vent regte an, die Familienverträglichkeitsprüfung zum Thema im PA zu machen und Vorschläge zu entwickeln, die das Papier mit Leben füllen.

Frau Klein meinte, dass zunächst bereits bestehende Planungen beurteilt werden sollten.

Herr Sänger stellte fest, dass sich der PA in Zukunft präzise mit Details der Planungen beschäftigen wird.

Abstimmung der Anträge

Antrag Herr Dr. Köck

9 Ja-Stimmen
einstimmig angenommen

2 Enthaltungen

Antrag Herr Dr. Biesecke

4 Ja-Stimmen
mehrheitlich angenommen

2 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Abstimmungsergebnis:

Enthaltungen 1

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt *die Grundsätze einer familienfreundlichen Stadtentwicklung (Anlage 1)* als Leitfaden der Familienverträglichkeitsprüfung der Stadtverwaltung Halle (Saale).
2. Der Stadtrat nimmt den Prüffragen- und Maßnahmenkatalog (*Anlage 2*) für die einzelnen Bereiche des Verwaltungshandelns zur Kenntnis.
3. Die Verwaltung wird beauftragt nach Möglichkeiten zu suchen, die städtischen Unternehmen und die Einrichtungen in Trägerschaft der Stadt in die Familienverträglichkeitsprüfung einzubinden.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zu den Hochhäusern Riebeckplatz 6 und 10 Vorlage: IV/2006/06105

Im öffentlichen Teil des PA wurde der städtebauliche Teil und im nichtöffentlichen Teil des PA der wirtschaftliche Teil des Antrages beraten.

Herr Sänger schlug vor, Dr. Wahlen von der HWG das Rederecht zu erteilen. Es gab keine Einwände.

Herr Lunebach fasste kurz die neuesten Erkenntnisse aus städtebaulicher Sicht zusammen und sprach sich dafür aus, dass das nördliche Hochhaus erhalten werden sollte, wenn aus wirtschaftlichen Gründen nicht beide Hochhäuser erhalten werden können.

Herr Dr. Wahlen stellte drei Aspekte aus Sicht der HWG dar

1. Was hat sich aus Sicht der HWG in den letzten Jahren am Standort verändert?

2. Alternativen heute
3. Vorschlag der HWG - Geschäftsführung für den Aufsichtsrat der HW.

Er veranschaulichte die Geschichte der Hochhäuser am Riebeckplatz und stellte verschiedene Varianten mit ihren Vor- und Nachteilen dar (wie z. B. Verkauf, Abriss beider Hochhäuser, Abriss eines Hochhauses, Sanierung).

Die HWG unterstützt die stadtplanerischen Vorstellungen der Stadt und wird weitere vertiefende Untersuchungen zur Sanierung der Hochhäuser bis zum Herbst des Jahres vornehmen.

Ende des Jahres wird der Aufsichtsrat der HWG eine endgültige Entscheidung treffen (Abriss, Sanierung oder Verkauf).

Herr Dr. Köck fragte nach der weiteren Entwicklung des Maritimhotels.

Herr Lunebach sagte, dass der Beschluss des Aufsichtsrates eine Gesprächsbasis für alle anderen Probleme am Standort sein wird.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung fand im nichtöffentlichen Teil statt.

Ja-Stimmen 2

Nein-Stimmen 9

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, einen Beschluss der Gesellschaftersammlung der HWG mbH dahingehend herbeizuführen, dass das Unternehmen angewiesen wird, die städtebaulich bedeutsamen Hochhäuser Riebeckplatz 6 und 10 in einem zügigen Verfahren zu verkaufen.

zu 5.2 Antrag des Stadtrates Tom Wolter - MitBürger - zur Errichtung einer Fahrradcrossstrecke Vorlage: IV/2007/06358

Herr Wolter sprach seine Verwunderung darüber aus, dass er zu seiner Anfrage (SR 20.09.2006) vom GB II eine positive Antwort und zu seinem Antrag („SR 28.03.07) vom GB I eine knappe Ablehnung erhalten hat. Er regte eine gemeinsame Klärung an.

Herr Dr. Pohlack sagte zu, die Koordination innerhalb der Stadtverwaltung zu übernehmen und gemeinsam mit dem Verein „Fahrradcrossstrecke i. G.“ nach einem geeigneten Grundstück zu suchen, falls sich das Grundstück in Seeben nicht realisieren lässt.

Herr Weihrich wies darauf hin, dass auch Umweltbelange in die Auswahl eines geeigneten Grundstückes einfließen müssen.

Herr Dr. Köck bat, darauf zu achten, dass nach Auslauf des bestehenden Pachtvertrages kein neuer erstellt wird. Das ist in Absprache mit dem Pächter zu prüfen.

Herr Wolter war mit der Verfahrensweise einverstanden.

Der Antrag ruht bis zum Erreichen eines Ergebnisses und wird dann wieder im PA behandelt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, der Errichtung einer Mountainbike- und BMX-Cross-Strecke im Gebiet Straße der Einheit (Gemarkung Seeben, Flur 2, Flurstück 28/1) zuzustimmen und einen entsprechenden Herstellungs- und Betreibungsvertrag mit dem Verein „Fahrradcrossstrecke i.G.“ bis zum Mai 2007 abzuschließen. In dem Vertrag ist die Stadt Halle (Saale) von allen anfallenden Kosten freizustellen.

zu 6 Beantwortung von Anfragen

Schriftlich beantwortet wurden die Anfragen aus dem PA am 13.02.2007

- von Frau Prof. Vent zur Einsturzgefahr der Neumühle
- von Frau Schlüter-Gerboth zum Vandalismus auf dem Gut Kanena und aus dem PA am 11.04.2007

- von Herrn Ploß zum schwimmenden Pflaster in der Dachritzstraße.

Frau Schlüter-Gerboth fragte, ob die Stadt Vorstellungen zum Gut Kanena hat.

Herr Lunebach antwortete, dass ein Nutzer gesucht wird. Die Stadt will das Grundstück verkaufen.

- **Herr Dr. Biesecke** wollte wissen, wie die Verwaltung das neue BauGB bewertet. Reicht das Zentrenkonzept der Stadt aus? Welche konkreten B-Plan-Verfahren werden wirklich vereinfacht.

Wird als TOP auf die TO PA 12.06.2007 gesetzt.

Herr Felke fragte nach den Zeitabläufen und Zeiträumen der FNP-Änderungen wenn diese über den Zweckverband bearbeitet werden.

Wird von der Verwaltung beantwortet.

- **Herr Dr. Eigenfeld** fragte, wann die Fontäne auf der Ziegelwiese wieder in Betrieb genommen wird.

Frau Riedel antwortete, dass die Fontäne in Betrieb ist und in Abhängigkeit vom Wind zu den Veranstaltungen betrieben wird.

- **Herr Ploß** schlug vor, an der Fontäne einen Container ähnlich wie unterhalb der Burg Giebichenstein aufzustellen und eine stabile Befestigung dafür zu finden.
- **Herr Weihrich** fragte nach dem Zwischenstand zur Erarbeitung eines Baulücken- und Leerstandskatasters.

Wird als TOP auf die TO PA 12.06.2007 gesetzt.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Schmiedehaus
Protokollführerin

Dr. Pohlack
Beigeordneter

Sänger
Vorsitzender